

NEWSLETTER

**POLITIK AUF DEN
PUNKT GEBRACHT.**

Ausgabe vom 23. Juni 2023



Inhalt

Deutsche Bahn neu
aufstellen

Strukturförderung
fortführen

Weinbau

Wohneigentum
ermöglichen

Erklärung zum
Tierhaltungskenn-
zeichnungsgesetz

Terminvorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche fanden deutsch-chinesische Regierungskonsultationen statt. Die Union hatte zuvor die Regierung aufgefordert, die deutschen Interessen gegenüber China deutlicher zu vertreten. Wirtschaftliche Abhängigkeiten dürfen nicht den Blick auf problematische Entwicklungen verstellen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ampel immer noch keine einheitliche China-Strategie verabschiedet hat. Das hat man auch auf der Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler und dem chinesischen Ministerpräsidenten gemerkt, an der keine Fragen zugelassen wurden. In unserem Positionspapier haben wir auf die problematischen Entwicklungen in China hingewiesen – China ist nicht nur Handelspartner, sondern steht im System-Wettbewerb mit den westlichen Demokratien.

Das Verhalten der Ampel beim Heizungsgesetz ist nach wie vor unprofessionell. Mit der Union wird es keine Fristverkürzungen im parlamentarischen Verfahren geben. Der neue Gesetzentwurf liegt noch nicht vor - die Expertenanhörung zur Wärmewende findet also statt, ohne dass das Vorhaben ausbuchstabiert ist. Ein geordnetes Beratungsverfahren sieht anders aus.

Der Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auf Klima- und Energiefragen greift - unter Berücksichtigung hoher Energiepreise, langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohen Steuern und Sozialabgaben sowie dem erheblichen Fach- und Arbeitskräftemangel - zu kurz. Auch der Inflationsdruck ließe sich reduzieren, wenn die Regierung ihre vorgesehenen, finanziellen Entlastungen zielgenauer und wirkungsvoller einsetzen würde.

Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr

Hermann Färber
Hermann Färber MdB

Leitantrag der Woche zur Kurskorrektur bei der Bahn

Unpünktlichkeit, kaputte Züge und nicht funktionierende Klimaanlage führen zu großer Unzufriedenheit bei den Fahrgästen der Deutschen Bahn. Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde. Die Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt, obwohl sie vom Eigentümer Bund unter anderem über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen viele Milliarden Euro erhalten hat. Aktuell plant die Ampel nur geringfügige Änderungen, die keine echte Reform darstellen.

In unserem Leitantrag der Woche schlagen wir daher vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Zudem müssen die Vorgaben des Bundes künftig verbindlich umgesetzt werden. Dafür sollte der Verkehrsminister zum einen mehr Einflussmöglichkeiten erhalten und gleichzeitig hierfür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen.

Aktuelle Stunde zu Kürzungen in der Strukturförderung

In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, die Mittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur, des Küstenschutzes und die Städtebauförderung zu kürzen. Diese Förderungen sind allerdings seit Jahrzehnten das zentrale Instrument der Unterstützung ländlicher Räume. Strukturschwache Regionen werden damit unterstützt, Standortnachteile bei Investitionen ausgeglichen und Anreize zur Schaffung von Einkommen und Beschäftigung gesetzt. Konkret schafft diese Förderung Arbeitsplätze, setzt zusätzliche Wachstumsimpulse, trägt somit zum Abbau regionaler Unterschiede und zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland bei. Quantitative Erhebungen und Evaluierungen belegen die positiven Effekte der Investitionsförderung in den strukturschwachen Regionen.

Die Bundesregierung muss ihre Pläne zum Förderstopp für ländliche Regionen zurücknehmen, fordern wir als CDU/CSU-Fraktion. Die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen in strukturschwachen Regionen ist unabdingbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die hier eingesetzten Mittel lösen oft ein Vielfaches an Investitionen aus und stärken das Rückgrat unserer Gesellschaft und unsere Landschaften: Den Mittelstand und das Handwerk, die Land- und Forstwirtschaft oder der Küsten- und Hochwasserschutz. Das muss auch so bleiben.

Fortbestand des Deutschen Weinbaus schützen

Derzeit finden auf EU-Ebene die Verhandlungen zur „Sustainable Use Regulation“ (SUR) statt. Dabei geht es um die Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft. Wir sprechen uns gegen ein Totalverbot von zugelassenen chemischen Pflanzenschutzmitteln in bestimmten sensiblen Gebieten aus und treten für eine bürokratiearme Umsetzung der SUR ein. Vor dem Hintergrund der weitreichenden Folgen des Verordnungsentwurfs für die Landwirtschaft und insbesondere den deutschen Weinbau, ist uns als Union wichtig, dass es Planungssicherheit für die Winzerinnen und Winzer gibt. Viele Weinberge in Deutschland liegen in Wasserschutz- und Vogelschutzzonen, also genau dort, wo die Verbote gelten sollen. Erhebliche Ernteverluste durch Schädlingsbefall wären die Folge.



Bildquelle: Canva

Förderung des energieeffizienten Neubaus: „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“.

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Für viele ist dieser Traum jedoch in weite Ferne gerückt. Die eigenen vier Wände sind nicht nur Ausdruck von Selbstverwirklichung und geliebter Freiheit sondern dienen außerdem der Altersvorsorge. Daher muss der Eigentumserwerb auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere für Familien möglich sein.

Die Union will daher den Bundesländern ermöglichen, beim Ersterwerb von selbst genutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 EUR pro Erwachsenen und 150.000 EUR pro Kind einzuführen, um Familien bei den steigenden Baukosten zu unterstützen. Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können und vielfach hängt am Eigenheim die Lebensplanung vieler Familien daran. Des Weiteren fordern wir in unserem Antrag, kostentreibende Vorschriften zu entschlacken und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Verzicht auf die Stilllegung von Agrarflächen

Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für die Aussetzung der Stilllegung von 4 Prozent der Agrarflächen über das laufende Jahr 2023 hinaus einzusetzen. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sollen diese Verpflichtungen Biodiversitätsleistungen steigern. Allerdings fehlt die stillgelegte Fläche dann für die Lebensmittelproduktion, obwohl die Ernährungslage aktuell weltweit schwierig ist. Der Königsweg wäre die Förderung der Biodiversität durch produktionsintegrierte Maßnahmen, wie sie auch in der Ackerbaustrategie 2035 des BMEL zu finden sind. Vor dem Hintergrund des Verlusts an biologischer Vielfalt in den Agrarlandschaften und dem Krieg in der Ukraine ist es wichtig, dass Biodiversität und landwirtschaftliche Flächennutzung zusammen gedacht werden - es darf keinen Zielkonflikt zwischen Biodiversität und Versorgungssicherheit geben.

Die EU-Kommission hatte den EU-Mitgliedsstaaten einmalig für das Jahr 2023 eröffnet, im Rahmen der EU-Agrarförderung Umweltauflagen für den Ackerbau zu lockern und damit zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion beizutragen. Damit können etwa 600.000 bis eine Million Tonnen Getreide zusätzlich produziert werden. Da es keine internationale Lageänderung gibt, ist es nur folgerichtig, dass auch im kommenden Jahr die Pflicht zur Stilllegung von 4% der Ackerflächen europaweit ausgesetzt wird.

Persönliche Erklärung zur Verabschiedung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes

Letzten Freitag hat der Bundestag das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz beschlossen. Warum ich das Gesetz der Bundesregierung abgelehnt habe, habe ich in einer persönlichen Erklärung dargelegt.

Viele Verbraucher und Landwirte wünschen sich mehr Tierwohl, d.h. eine Tierhaltung mit mehr Platz, Frischluft, Beschäftigungsmöglichkeiten und Stroheinstreu. Stallneu- oder Umbauten erzeugen Kosten in Millionenhöhe, die finanziert und erwirtschaftet werden müssen.

Das Gesetz soll durch eine verbindliche Kennzeichnung den Verbraucher in die Lage versetzen, beim Einkauf die Haltungsform zu erkennen. Vorerst bezieht sie sich aber nur auf einen Lebensabschnitt in der Schweinehaltung, die Mast - die Ferkelerzeugung und -aufzucht, der Transport und die Schlachtung sind nicht mit einbezogen. Rind- und Geflügelfleisch fehlen bislang ganz. Somit kann eine hohe Haltungsstufe jetzt auf Schweinefleisch von Tieren ausgezeichnet werden, dass im Ausland betäubungslos kastriert und anschließend importiert wurde. So wird deutsches Tierschutzrecht unterlaufen. Dem Verbraucher wird suggeriert, dass es Schweinen in den höheren Haltungsstufen allgemein besser geht als Schweinen, die in der Haltungsstufe „Stall“ gehalten werden. Dass es sich bei der jetzigen Kennzeichnung nur um einen Haltungsabschnitt handelt, werden viele Verbraucher nicht wissen und auch nicht verstehen.

Bereits heute kommt jedes dritte Ferkel aus dem Ausland. Ausländische Ware ist aber nicht kennzeichnungspflichtig. Das führt zur Benachteiligung heimischer Betriebe. Zusätzlich ist die Gastronomie, die Außer-Haus-Verpflegung und die Fleischverarbeitung im Gesetz nicht mit einbezogen. Damit bleiben schätzungsweise zwei Drittel des Schweinefleischabsatzes in Deutschland kennzeichnungsfrei bzw. falsch gekennzeichnet.

Die Ampel betont, dass das aktuelle Gesetz ja erst der Anfang sei, nach der Sommerpause werde man alles verbessern. Warum das Stückwerk dennoch verabschiedet wurde, bleibt mir schleierhaft, denn es schafft in der jetzigen Form keinerlei Transparenz. Dazu kommt die Finanzierungsfrage. Für den Umbau der Tierhaltung steht bislang eine Milliarde Euro an staatlicher Förderung bereit – viel zu wenig. Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (Borchert) – unberücksichtigt. Eine Politik, die dafür sorgt, dass die Nutztierhalter in Deutschland eine Zukunft haben, sieht anders aus.

Es braucht ein Gesamtkonzept das verhindert, dass unsere heimischen Landwirte mit der Tierhaltung aufhören, sich die Tierhaltung ins Ausland verlagert und dann Fleisch aus Ländern importiert wird, dessen Haltungsbedingungen und Produktionsstandards weitaus niedriger sind als hierzulande. Sonst dient das Gesetz weder den Tieren, den heimischen bäuerlichen Strukturen, noch den Wünschen des Verbrauchers.



Bildquelle: Hermann Färber,
Hof am Leispel

Terminvorschau

24. Juni: 10 Uhr Kinderfest in Ottenbach und ab 14 Uhr Festnachmittag der Bergwacht bei Weissenstein

26. Juni: Kreisvorstandssitzung der CDU Göppingen

27. Juni: 16 bis 18 Uhr Bürgersprechstunde im Bürgersaal im Alten Schulhaus, Kirchplatz 6 in Bad Boll und danach Amtseinsetzung des neuen Bürgermeisters von Deggingen, Markus Schweizer

28. und 29. Juni: Gespräche und Vor-Ort-Termine im Wahlkreis mit Oliver Vogt MdB

30. Juni: Präsentation der Firmengründung der Schülerfirma der Albert-Schweizer und der Bodelschwingh-Schule in Göppingen

01. Juli: ab 13:30 Uhr Festumzug auf dem Stadtfest in Eislingen und um 17 Uhr Fassanstich des Kulturvereins Bad Ditzenbach e.V.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de